

helmut scholz (hrsg.)



handel(n) von links

alternativen zur handelspolitik
der europäischen union

VSA:

eine flugschrift

Helmut Scholz (Hrsg.)
Handel(n) von links

Pia Eberhardt ist Handelsexpertin der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory.

Ska Keller ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Ko-Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion und war von 2009 bis 2016 Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments.

Uwe Sattler ist Mitglied der Redaktionsleitung der Tageszeitung »neues deutschland«.

Bernd Schneider ist Politikwissenschaftler und für Handelspolitik zuständiger akkreditierter Assistent von Helmut Scholz im Europäischen Parlament.

Helmut Scholz ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Koordinator der GUE/NGL-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments und Mitglied der Lenkungsgruppe für die WTO.

Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments und für die Fraktion S&D (Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats) unter anderem Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel.

Helmut Scholz (Hrsg.)

Handel(n) von links

**Alternativen zur Handelspolitik
der Europäischen Union**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2017, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Cydonna/photocase

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-747-0

Inhalt

Helmut Scholz	
Europa braucht ein anderes Handeln!	7
Bernd Schneider	
TTIP, TiSA, CETA – falsche Antworten auf reale Probleme	14
Eine kritische Bestandsaufnahme und linke Alternativen	
Armut überwinden durch Marktradikalität?	14
Wandlungen der US-Handelspolitik	17
Bilaterale versus multilaterale Verhandlungen	21
TTIP, TiSA, CETA: Untaugliche Instrumente	22
Warum wir gegen TTIP sind	25
Fazit: Mehr als Nein sagen	35
Schlüsselentscheidung China	38
Linke Handelspolitik	43
Handel und Landwirtschaft	44
Handel und Rohstoffe	45
Fairer Handel	46
Handel, Umwelt und Arbeitnehmerrechte	48
Partner für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Handelspolitik	49
Ska Keller	
Europas Handelspolitik – Weiter in die Sackgasse oder Aufbruch in eine faire Globalisierung?	53

Joachim Schuster	
Für einen Paradigmenwechsel in der Handelspolitik	58
Die alte Ordnung	59
Machtverschiebungen in der Weltwirtschaft	62
Die neue Handelsstrategie der EU – eine geeignete Antwort auf neue Herausforderungen?	66
Schritte zu einer neuen Handelsordnung – Paradigmen- wechsel, Regionalisierung und Schutzinstrumente	69
 Helmut Scholz	
Fragen und Thesen zu einem neuen handelspolitischen Koordinatensystem der EU	73
Wir brauchen ein neues handelspolitisches Koordinatensystem	76
Zivilgesellschaftlicher Druck ist nötig	80
Widerstand auch in Kanada und den USA	82
Demokratische Systeme auf den Kopf gestellt	85
 »Das Modell der konzerngetriebenen Globalisierung steckt in einer tiefen Krise. Und mit ihr jenes der Handelsabkommen«	89
Pia Eberhardt im Gespräch mit Uwe Sattler	
 Glossar	101
 Das Alternative Handelsmandat	112

Europa braucht ein anderes Handeln!

Der 15. Februar 2017 wird sicherlich in die Geschichte Europas eingehen. An jenem Tag stimmte die Mehrheit des Europäischen Parlaments für das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, kurz CETA. Damit wurde auch die Hoffnung von Hunderttausenden Menschen in den 28 Mitgliedstaaten der EU, das Parlament würde CETA doch noch stoppen, enttäuscht. Mit CETA wurde eine neue Epoche in den transatlantischen, perspektivisch vermutlich sogar in den globalen Handelsbeziehungen, eingeleitet. CETA steht ebenso wie das analoge Abkommen mit den USA, TTIP, oder jenes über den Handel mit Dienstleistungen, TiSA, für eine völlig neue Generation von Handelsverträgen, die weit über den Abbau von Zöllen oder nichttarifären Handelsbeschränkungen hinausgehen. Die Abkommen greifen tief in gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und soziale Prozesse und Entwicklungen ein, ja, sie werden diese zunehmend prägen. Mit dem Votum des EU-Parlaments kann das vorläufige Inkraftsetzen des CETA-Abkommens, nachdem schon der EU-Rat grünes Licht – wenn auch sehr verspätet und mit vielen Zusatzklärungen – gegeben hat, erfolgen.

Beabsichtigt ist mit der neuen Generation von transatlantischen Handelsverträgen eine umfassende Vernetzung der Volkswirtschaften dies- und jenseits des Atlantiks mit dem Ziel möglichst weitgehender Aufhebung aller Zollzahlungen auf alle miteinander gehandelten Produkte, vor allem jedoch mit dem Vorhaben, Wettbewerbsregeln gemeinsam neu aufzustellen. Dies soll in allen volkswirtschaftlichen Bereichen erfolgen. Es geht um die Vereinbarung gemeinsamer Standards, um den gegenseitigen Marktzugang auf allen Ebenen für Unternehmen in der Wirtschaft, im Beschaffungswesen, im Finanzsektor, es geht um Fragen des geistigen Eigentums, den Datentransfer oder Regelungen für Investoren. Der breite parlamentarische und außerparlamentarische Widerstand

gegen diese Freihandels- und Investitionsabkommen ist wohl vor allem der Tatsache geschuldet, dass kaum eine Bürgerin oder ein Bürger, nicht einmal Politikerinnen und Politiker, Abgeordnete und sogar an den Verhandlungen Beteiligte derzeit verlässlich abschätzen können, was die Abkommen real in der Praxis bedeuten und für die Zukunft bringen – für Verbrauchsgewohnheiten, für die Existenz der kleinen und mittelständischen Unternehmen, für Arbeitsplätze, für das so notwendige Umsteuern in der Wirtschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels und damit den entschiedenen Kurs hin zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaftsweise. Sicher aber ist: Die neuen Beziehungen, die mit CETA und TTIP angestrebt werden, können trotz der jetzt vorliegenden ausgefeilten Vertragsformulierungen erreichte Standards und Schutzniveaus fraglich und somit doch offen für Eingriffe des jeweils anderen, ausländischen Marktteilnehmers machen. Regelungen in Bezug auf Produktion und Handel, die beispielsweise für die Wirkungsweise von Unternehmen auf dem EU-Binnenmarkt erreicht wurden, für Dienstleistungen (und hier nicht zuletzt jene der öffentlichen Daseinsfürsorge), für die Produktion unter Berücksichtigung arbeitsrechtlicher und ökologischer Faktoren, aber auch für den Umgang mit Finanzdienstleistungen werden dem Wettbewerbsdruck des angestrebten größeren Marktes unterworfen. Und viel gravierender noch: Werden neue Gesetzgebungen auch für den EU-Binnenmarkt oder in Kanada für die Besitzstandswahrung in der Zone des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) hinsichtlich neuer Produktionsnotwendigkeiten schon unter dem Aspekt der Passfähigkeit mit CETA geschlossen? Welche Interessen werden künftig im legislativen Verfahren von Rat und Europaparlament bestimmend und ausschlaggebend sein? Die jüngste Beschlussfassung im Europäischen Parlament zur Begrenzung und Neufassung des Emissions-Handelssystems im Februar 2017, praktisch zeitgleich mit CETA, stimmt, obwohl es »nur« um eine Regelung für den europäischen Binnenmarkt ging, zumindest nachdenklich.

Die »harten Fakten« sprechen bereits heute eine klare Sprache. Schätzungen von unabhängigen Universitäten und Forschungseinrichtungen besagen, dass in der EU allein durch CETA über 200.000 Arbeitsplätze verloren gehen könnten, mit gravierenden Folgen

insbesondere für Langzeitarbeitslose. Offen ist, ob das CETA-Abkommen den versprochenen großen Wirtschaftsschub real bringen wird; zumal aus der Kommission selbst verlautet, dass nach sieben Jahren Laufzeit des Abkommens sich das Bruttosozialprodukt der EU lediglich um 0,03%, jenes der Bundesrepublik Deutschland um 0,04% erhöhen werde. Ein besonders kalter oder besonders milder Winter hat stärker messbare Auswirkungen. Studien aus Europa, den USA und Kanada verweisen ferner darauf, dass die Veränderung unserer Ökonomien durch die neuen Freihandelsabkommen in einem spürbaren Rückzug der staatlichen Ebenen aus der Erbringung von Dienstleistungen sichtbar werden wird. Zudem werden völlig neue Instrumente eingeführt, mit denen die Interessen von Wirtschaft, Finanzunternehmen und Investoren geschützt und sogar bereits in Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt, jene der staatlichen Seite jedoch auf die »Bringepflicht« reduziert werden. So soll es die sogenannte regulatorische Zusammenarbeit, bei der Konzernvertreter bei der Ausarbeitung von Gesetzen praktisch mit am Tisch sitzen, nicht nur bei TTIP geben, sondern sie existiert in abgewandelter Form auch bei CETA.

Die ebenfalls vom derzeit verhandelten EU-USA-Abkommen bekannte Staat-Investor-Streitschlichtung (ISDS¹) ist nach der überwältigenden Ablehnung dieser Art von Investitionsschutz im Laufe einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission 2015 von dieser verändert worden und bei CETA im jetzigen, als Blaupause für alle künftigen Investitionsverträge deklarierten, modifizierten Gewand des »Investment Court System« (ICS) verankert worden. Klingt ganz vernünftig, aber in dieser Flugschrift wollen wir gerade kenntlich machen: Reform-Korrekturen reichen nicht, denn die Logik eines Sonderklage-Rechts für Unternehmen, wenn diese ihre Profiterwartungen beispielsweise durch neue Umweltschutzgesetze gefährdet sehen, wird nicht angetastet. Es bleibt beim gesonderten speziellen Schutz ausländischer Investoren und ihrer Rechte; der Gedanke zu Investoren-Pflichten, zu Rechten der Öffentlichkeit, also einer Kommune, auf Klagen gegen Investoren,

¹ Siehe zur Erläuterung (frei-)handelspolitischer Begriffe auch das Glossar in dieser Flugschrift, S. 101ff.

wird nicht einmal in Erwägung gezogen. Hier ist noch ein sehr dickes Brett zu bohren.

Als mit Artikel 207 des Lissabon-Vertrags die Handelspolitik von den Mitgliedstaaten an die EU-Ebene delegiert wurde, hatten die Verfasser diese Tragweite von sogenannten Mega-Regionalen Handelsabkommen der neuen Generation so sicherlich nicht vor Augen. Internationale Handelspolitik auch vor dem Hintergrund einer angestrebten besseren Aufstellung der EU im globalen Wettbewerb in die Kompetenz der EU-Entscheidungsebene zu überführen – in der Logik des Binnenmarkts – war Konsens beim Abschluss des Lissabonner Vertrages im Dezember 2007. Nicht erkannt wurde offensichtlich: Vor dem Hintergrund der fast zeitgleich die EU tief erfassenden globalen Finanzkrise und der nachfolgenden Wirtschaftskrise engte die nunmehr gemeinschaftliche Internationale Handelspolitik die politischen Gestaltungsräume auch in der nationalen Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten (in Bezug auf Regierungen) dermaßen ein, dass dem Durchschlagen globaler Entwicklungen bis auf die lokalen und regionalen Ebenen zunehmend keine eigenständigen nationalen Gegensteuerungsmaßnahmen entgegengesetzt werden können. Damit werden die globale Wertschöpfung – mit ihren weitreichenden Auswirkungen auf die nationalen Wirtschaften –, die politische und gesellschaftliche Stabilität und in deren Gefolge auch die machtpolitischen Balancen erschüttert.

Deshalb wird gegenwärtig seitens der Mitgliedstaaten wieder stärker die Forderung nach Mitsprache beim Abschluss internationaler Abkommen erhoben, die ausschließliche Kompetenz der EU-Gesetzgebung im Verhältnis von Rat und Parlament und Kommission hinterfragt – und aus linker Sicht sicherlich zu Recht. Auch deshalb ist derzeit der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit der Frage befasst, wie die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen von den neuen Handelsabkommen betroffen sind. Untersucht wird dies am Beispiel des Abkommens mit Singapur.

Dabei lassen sich Entwicklungen auf handelspolitischem Gebiet nicht getrennt von anderen Prozessen betrachten, die die Europäische Union in die wahrscheinlich tiefste existenzielle Krise seit ihrer Gründung vor 60 Jahren, 1957, durch die Römischen Ver-

träge stürzten. So führten die zunehmenden zentripetalen Tendenzen im Jahr 2016 zum Brexit-Votum der britischen Bevölkerung. Das faktische Nichthandeln in außenpolitischen Fragen und das Fehlen nachhaltiger Strategien, die auf Ausgleich und Überwindung der Kluft zwischen globalem Norden und Süden setzen, münden in ein immer aggressiveres Vorgehen in internationalen Fragen und in einer fortgesetzten Militarisierung der EU-»Außenpolitik«. Eine Sozialunion steht noch immer in weiter Ferne, der Abbau der staatlichen Wohlfahrt und öffentlichen Daseinsvorsorge ist dagegen ebenso tägliche Realität, wie es Spardiktate und »Austeritätsprogramme« sind. Europäische Werte bei Menschen- und Bürgerrechten werden, wie sich im Gefeilsche um Aufnahmequoten für Geflüchtete und dem Errichten immer höherer Mauern um die »Festung Europa« zeigt, Stück für Stück aufgegeben; politische Prozesse werden, wie sich am Troika-Kurs gegenüber Griechenland und der weitgehenden Verdrängung der parlamentarischen Mitwirkung aus diesem Vorgehen manifestierte, »entdemokratisiert«. Wie heute in der EU Politik entwickelt und ausgeübt wird – in einem komplexen, eng ineinander greifenden Zusammenspiel von europäischen Institutionen und Entscheidungsprozessen, den Regierungen der Mitgliedstaaten und Vertretern von Wirtschaft sowie der kommunalen Ebene – wird kaum aufgezeigt, und so haben Transparenz und Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe eher ab- als zugenommen.

Auch das hat zu einem enormen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union und ihre Organe geführt. Laut Eurobarometer-Umfrage vom November 2016 geben nur noch 36% der Befragten an, der EU zu vertrauen. Im Frühjahr 2015 waren es noch 40%, was auch alles andere als ein Traumwert ist. Und noch etwas muss parallel zu diesen Entwicklungen beunruhigen: Rechte Parteien und Kräfte machen auf europäischer Ebene wie in den Nationalstaaten immer deutlicher mobil und sammeln Stimmen gerade unter den an den Rand der Gesellschaft gedrängten oder von Sozialangst getriebenen Menschen. Die »europäische Idee«, für die sich auch linke Politikerinnen und Politiker, wie bereits 1941 die Verfasser des Manifests von Ventotene, eingesetzt haben, kämpft um ihr Überleben.

Richtig ist aber auch: Die Gegenwehr gegen CETA & Co. ist weit größer als erwartet, sie lässt sich inzwischen mit dem Aufbegehren gegen den Irak-Krieg, gegen die Nutzung der Atomenergie oder gar das Wettrüsten in der Zeit der Systemkonfrontation vergleichen. Und: Sie erfasst alle sozialen Schichten der Bevölkerung und Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen und beruflichen Kreisen.

So wurden bereits im Oktober 2015 der EU-Kommission in Brüssel 3.263.920 Unterschriften gegen die Freihandelsverträge TTIP und CETA übergeben, die von einer echten Initiative europäischer Bürgerinnen und Bürger innerhalb nur eines Jahres gesammelt worden waren, obwohl ihnen die EU-Kommission die offizielle Zulassung ängstlich und kleinlich verweigert hatte. Bei den Großdemonstrationen gegen TTIP, CETA und andere Freihandelsabkommen gingen in verschiedenen Städten Europas Hunderttausende auf die Straße – und auch in den USA und Kanada nimmt der Widerstand zu. Mehr als 2.000 Städte, Kommunen und Regionen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich bereits zu TTIP- und CETA-freien Zonen erklärt. In Belgien hätte es das Regionalparlament der Wallonie, der deutschsprachigen Region und der Region Brüssel mit ihren Bedenken gegen CETA – das damit auf parlamentarischer Ebene übrigens keineswegs allein steht – fast geschafft, das Ratifizierungsverfahren zu stoppen. Ende 2016 haben über 450 zivilgesellschaftliche Organisationen aus Europa und den USA einen offenen Brief an Europaabgeordnete sowie Abgeordnete in Kanada und den EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet, in dem sie zahlreiche Bedenken gegenüber CETA formulieren und die Abgeordneten auffordern, die Ratifizierung des Abkommens abzulehnen. Nur kurz zuvor hatte ich für die Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament gemeinsam mit Abgeordneten der Grünen und auch der Sozialdemokraten sowie der 5-Sterne-Bewegung aus Italien mehr als 200 Vertreterinnen und Vertreter in Brüssel versammelt, die eine gemeinsame Erklärung gegen eine Zustimmung zu CETA unterschrieben haben.

Seit Jahren klären Nicht-Regierungs-Organisationen über die Gefahren der Freihandelsabkommen auf und organisieren den außerparlamentarischen Protest. Es ist ein interessantes Momentum

entstanden: Von der kritischen Begleitung internationaler Handelspolitik geht ein starker Impuls des Hinterfragens unserer gesellschaftlichen Ordnung aus und alle (!) politischen Akteure müssen sich dazu verhalten.

Allein das Genannte ist ein so deutliches Signal, dass selbst Barack Obamas Botschafter in Brüssel in kleiner Runde eingestand, den Kampf um die öffentliche Meinung habe man bei TTIP verloren – was analog sicher auch für die anderen Freihandelsabkommen gilt. Das allerdings führte weder auf der atlantischen Seite noch bei der EU-Kommission zu einem Umdenken, sondern eher zu kritischem Nachdenken über die »Verkaufsstrategie« für die Abkommen.

Die vorliegende Flugschrift soll die Abkommen bewerten, aktuelle Tendenzen im Welthandel skizzieren, das Verhalten von Akteuren einordnen, Handelspolitik transparenter machen, nicht zuletzt aber auch Alternativen aufzeigen. Denn diese gibt es – nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in der außerparlamentarischen Bewegung. Es lohnt sich, hinter die Kulissen zu schauen, Fragen zu stellen, Proteste auf die Straße zu tragen, schlicht: Sich wieder in die Politik gestaltend einzumischen.